



Demokratieförderung im Zeitalter Sozialer Medien: Risiken und Chancen

Zusammenfassung

Soziale Digitale Medien (SDM) und ihr potentieller Beitrag zur Demokratieförderung werden in Wissenschaft und Politik zunehmend kontrovers diskutiert. Die wichtige Rolle sozialer Medien in den jüngsten Aufständen in Nordafrika und Nahost, prägte das Schlagwort von der „Social Media Revolution“. Kritiker warnen jedoch, einige westliche Politiker seien von einer „Cyber-Utopie“ geblendet, die das Internet für als von Natur aus pro-demokratisch erachtet. Die undifferenzierte Forderung nach „mehr Internet-Freiheit“ die hieraus resultiert, birgt Gefahren. Vielmehr gilt es zu hinterfragen, wie Demokratieförderungsprogramme in einem gegebenen Land durch SDM konstruktiv begleitet werden können, um darauf aufbauend strategische Entscheidungen aufzubauen. Jede seriöse Debatte um den Einsatz von SDM im Rahmen der Demokratieförderung muss berücksichtigen, dass die Implementation unterschiedlicher Typen von SDM je nach politischem Kontext unterschiedliche Chancen und Risiken birgt.

- In geschlossenen Gesellschaften, in denen durch die Verbreitung unterdrückter Informationen ein rhetorischer Raum jenseits staatlicher Kontrollen geschaffen werden kann, sollte der Fokus auf der Umgehung von Zensur und der Erleichterung des Zugangs zu jenen Typen von SDM liegen, die hochwertige Inhalte generieren, besonders *Blogs* und *Gemeinschaftsprojekte*.
- Wo die Zivilgesellschaft mobilisiert werden muss, um schlechter Regierungsführung oder Reformaversion ent-

gegenzutreten, sollten *soziale Netzwerke* und *Content Communities* im Mittelpunkt stehen.

In jedem Fall müssen digitale Aktivisten in der sicheren Nutzung solcher Plattformen geschult werden, um sich vor staatlicher Überwachung und Verfolgung schützen zu können.

Erfahrungsgemäß sind die Erfolgsaussichten von Programmen der Medienzusammenarbeit im Bereich der sozialen Medien größer, wenn sie einen themenorientierten und länderspezifischen Ansatz verfolgen. Nichtstaatliche, lokalen Akteuren nahestehende Geber sind eher in der Lage als staatliche Geberorganisationen, Programme zu entwickeln, die an die Strukturen bestehender Netzwerke anknüpfen und durch diese legitimiert werden.

Direkte staatliche Maßnahmen zur Förderung von Internet-Freiheit sollten binnen-orientiert sein. Viele Instrumente, die von autoritären Regierungen zur Aufspürung und Unterdrückung digitalen Dissenses genutzt werden, werden von europäischen oder US-amerikanischen Firmen entwickelt und vertrieben. Exportbeschränkungen für Zensur- und Filtersoftware sollten daher nicht als vermeidende Behinderung der Wirtschaft, sondern als wichtige Investition in Demokratieförderung betrachtet werden. Um Unternehmen davon zu überzeugen, den Schutz von Nutzerdaten als Bestandteil ihrer Unternehmenspolitik zu erachten, bedarf es geeigneter politischer Anreize. Dass Anbieter von Social-Media-Diensten ihre Profite auf Kosten der Privatsphäre ihrer Nutzer maximieren, ist kein Naturgesetz.

Internationale Entwicklung und Internet-Freiheit

Seit Beginn der Nutzbarmachung des Internets für die breite Öffentlichkeit Anfang der 1990er Jahre, sucht die internationale Gebergemeinschaft nach Einsatzmöglichkeiten für strategische Entwicklungsziele. Erste Bemühungen bestanden vor allem in Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung des Zugangs für benachteiligte Gruppen. Das Aufkommen von Web 2.0 zu Beginn des 21. Jahrhunderts ermöglichte es Nutzern, selbst Web-Inhalte zu erstellen. Damit galten die Adressaten von Entwicklungspolitik nicht länger als passive Internet-Konsumenten. Stattdessen rückte ihre Fähigkeit zur Innovation in den Mittelpunkt der Diskussion. Gestützt auf die Überzeugung, dass Gesellschaften umso stärker werden, je freier sich Information im Internet verbreitet, wurde die Förderung von Internet-Freiheit zu einer zentralen Richtlinie der Entwicklungszusammenarbeit.

Hauptmerkmale sozialer Medien (SDM)

SDM sind Internetanwendungen zur Erstellung und zum Austausch nutzergenerierter Inhalte. In SDM gesetzte Hoffnungen basieren auf ihrer potentiellen politischen Nutzung: Sie ermöglichen es Bürgern, öffentliche Belange zu diskutieren, das Verhalten ihrer Repräsentanten zu überwachen und Protest zu mobilisieren. Jedoch richten sich verschiedene SDM-Typen an unterschiedliche Zielgruppen und verfügen über unterschiedliche Kommunikationsfunktionen. Zwei Kriterien dienen ihrer Unterscheidung: Medienreichhaltigkeit und Selbstauskunft.

- *Medienreichhaltigkeit* meint die Menge an Information, die ein Medium in einer bestimmten Zeit transportieren kann. Je größer die Menge, desto effektiver der Informationsaustausch zwischen Kommunikationspartnern. So übertragen z. B. E-Mails weniger Information als Medien, die zusätzlich zu Text auch den Austausch von Fotos und Videos auf derselben Nutzeroberfläche zulassen.
- *Selbstauskunft* ist Voraussetzung für interpersonelles Vertrauen. Der Begriff bezieht sich auf den Wunsch im Rahmen von Kommunikation ein bestimmtes Selbstbild zu vermitteln. Dies wird über die Preisgabe spezifischer persönlicher Daten erreicht. SDM variieren erheblich in Bezug auf den Grad der erforderlichen Selbstauskunft.

Im Folgenden werden grundlegende SDM-Typen vorgestellt und ihr Potential für Demokratieförderung anhand dieser beiden Kriterien erörtert.

SDM-Typen und ihr demokratieförderndes Potenzial

Soziale Netzwerke

Soziale Netzwerke (SN) wie Facebook punkten mit *Medienreichhaltigkeit* und *Selbstauskunft*. Sie ermöglichen es dem Nutzer, die Vorlieben virtueller Freunde kennenzulernen, Inhalte auszutauschen, an Diskussionsforen teilzunehmen und so ein echtes Miteinander zu simulieren. Die Menge

der dabei offenbarten persönlichen Daten schafft ein hohes Maß an interpersonellem Vertrauen, was der politischen Partizipation zuträglich ist. Dennoch steht die Wissenschaft dem Einfluss von SN auf Partizipation skeptisch gegenüber. Es besteht die Ansicht, politischer Aktivismus über SN führe dort zu einem Verlust an Mobilisierungspotential, wo Bürger sich von gewohnten Protestformen ab- und dem bequemeren, risikoärmeren digitalen Aktivismus zuwenden. Dem widerspricht, dass SN bereits mehrfach erfolgreich genutzt wurden, um in Kontexten unterschiedlichen demokratischen Konsolidierungsniveaus politische Anliegen voranzutreiben. Jüngste Beispiele sind eine Initiative gegen Wahlkorruption in Brasilien und eine Kampagne gegen die Einführung der Todesstrafe für Homosexuelle in Uganda.

Dennoch hat die Rolle von SN bei den Protesten des arabischen Frühlings eine Kontroverse um ihre Eignung zur Demokratieförderung in autoritären Kontexten entfacht. Fraglos können SN die Mobilisierungskosten von Protestbewegungen senken. Der Schneeballeffekt und das durch sie geschaffene Vertrauen tragen zur beschleunigten Verbreitung regimekritischer Informationen bei und können die politische Risikobereitschaft erhöhen: Wer weiß, dass 50 seiner Freunde an einer Demonstration teilnehmen, mag eher geneigt sein, es ihnen gleichzutun. Die Mechanismen, die die Masse auf die Straße bringen, erleichtern es Geheimdiensten jedoch auch, den Einzelnen in der Masse zu identifizieren. Die Aufdeckung regimekritischer Netzwerke war früher extrem aufwendig. Heute reicht ein Blick auf das SN-Profil eines Aktivisten, um die Sicherheit aller seiner Kontakte zu gefährden. So wurden z. B. nach den iranischen Wahlen von 2009 zahlreiche Fälle von Datenmissbrauch durch den Geheimdienst dokumentiert.

Trotzdem wären zivilgesellschaftliche Aktivisten schlecht beraten, SN gänzlich zu meiden. Sie müssen dort Präsenz zeigen, um Unterstützung für ihre Sache zu gewinnen. Zwar können sie hierzu Pseudonyme verwenden, riskieren damit jedoch die ihre Glaub- und Vertrauenswürdigkeit. Zudem verfolgen die meisten Betreiber sozialer Netze eher kommerzielle Interessen als Demokratieförderung. Sie haben ein starkes wirtschaftliches Interesse an hochwertigen Datenbeständen und lehnen Pseudonyme daher ab.

Blogs

Ein *Blog* ist eine Website, auf der ein Individuum oder eine Gemeinschaft regelmäßig Nachrichten und Kommentare zu bestimmten Themen posten. Anders als bei statischen Websites können sich Leser eines Blogs interaktiv zu dessen Inhalten äußern. *Mikroblogs* (wie auf Twitter) sind eine Unterform mit sehr kurzen *Postings*. Beide Formate sind textbasiert und verfügen über geringe Medienreichhaltigkeit. Der Grad der Selbstauskunft hingegen ist hoch, da der Person, die die Inhalte generiert, ein hohes Maß an Sichtbarkeit zukommt, was wiederum interpersonelles Vertrauen befördert. Studien in stabilen Demokratien bestätigen diesen Zusammenhang. Dem *Pew Center* zufolge ist das Vertrauen der US-Bürger in Nachrichten aus tra-

ditionellen Medienquellen in den vergangenen zwanzig Jahren stetig gesunken, wobei die Bürger, die das geringste Vertrauen aufbringen, den größten Anteil an Konsumenten nutzergenerierter Nachrichten stellen.

Die Verbreitung zensierter Information über Blogs kann die Stabilität autoritärer Regime gefährden. In Ägypten trugen Blogger-Berichte über Menschenrechtsverletzungen der Polizei wesentlich zum Entstehen des Meinungsklimas bei, das zu den Protesten auf dem Tahrir-Platz führte. Aufgrund des durch ihn generierten Vertrauens, ist der Blog potentiell ein wirksames Instrument zur Demokratieförderung. Jedoch macht ihn diese Eigenschaft auch zu einem zweischneidigen Schwert. Blogger generell mit Regimekritikern gleichzusetzen, wäre naiv. Auch autoritäre Regierungen nutzen das Internet, um ihre Ziele zu verfolgen. Wie der Erfolg ausgeklügelter Online-Propagandamaschinen in China und Russland zeigt, kann das höhere Ansehen der Blogosphäre gegenüber gängigen Medien bei Jugendlichen die Verbreitung getarnter Regierungspropaganda erleichtern. Auch können Blogger durch die Offenlegung persönlicher Daten leicht zur Zielscheibe undemokratischer Akteure geraten.

Anonymes Bloggen ist ein Weg, dieses Risiko zu mindern. Ein Beispiel ist der mexikanische *Blog del Narco*. Nach der Ermordung von Journalisten durch Drogenkartelle schränkten einige Zeitungen ihre Berichterstattung über den Drogenkrieg ein. Als Reaktion auf diesen schweren Schlag gegen die demokratische Kontrollfunktion der Presse richtete 2010 ein anonymer Informatikstudent den Blog ein, der eine unzensierte Darstellung des Drogenkriegs liefert. 2011 war der Blog einer der meistbesuchten *Websites* in Mexiko.

Gemeinschaftsprojekte

Gemeinschaftsprojekte nutzen das Prinzip des „*Crowdsourcing*“ (auf Deutsch etwa: Schwarmwissen), also die Überlegenheit des Resultates gemeinsamer intellektueller Anstrengungen gegenüber den Bemühungen eines Individuums. Medienreichhaltigkeit und Selbstauskunft sind hier schwach ausgeprägt, da diese Foren überwiegend textbasiert sind und stärkeres Gewicht auf kollektives Handeln als auf Selbstdarstellung legen. Die Nutzung vielfältiger Quellen und die konstante Überarbeitung von Inhalten durch Mitwirkende mit unterschiedlichen Hintergründen, tragen zur Qualitätssicherung der Information in diesen Foren bei. Gemeinschaftsprojekte wie Wikipedia erleichtern arbeitsintensive Aufgaben wie die Sammlung und Auswertung großer Datenmengen. Sie können hilfreich sein, wenn es gilt, Transparenz zu erhöhen. Beispiel einer solchen Anwendung in einem demokratischen Kontext ist die Website *GuttenPlag Wiki*. Im Frühjahr 2011 trat ein Freiwilligen-Netzwerk an, Plagiatsvorwürfe gegen den damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg zu erhärten. Binnen vier Tagen gelang es so, auf 270 der 407 Seiten umfassenden Dissertation zu Guttenbergs inkorrekt zitierte Passagen zu belegen.

Auch im Kontext von Gewaltkonflikten wurden Gemeinschaftsprojekte erfolgreich eingesetzt. So entstand das Projekt *Ushahidi.com* 2008 als Reaktion auf postelektorale Konflikte in Kenia. Bürger melden der Plattform Fälle von Gewalt per Handy oder PC. Diese werden nach Typus gruppiert (Ausschreitungen, Plünderungen usw.) und auf interaktiven Karten visualisiert. Das Projekt wurde nachfolgend auch zur Dokumentation von fremdenfeindlichen Übergriffen in Südafrika und Konflikten im Ostkongo adaptiert. Jedoch kann die dem „*Crowdsourcing*“ eigene Anonymität auch für undemokratische Zwecke missbraucht werden: Nach den Wahlen in Iran 2009 veröffentlichte die regimetreue Website *RajaNews* Fotos von Demonstranten und bat die Öffentlichkeit um Unterstützung bei deren Identifizierung. Laut der iranischen Polizei führten anonyme Hinweise zu 40 Festnahmen.

Content Communities

Content Communities punkten mit Medienreichhaltigkeit. Sie dienen primär dem Austausch von Medien. Selbstauskunft und soziale Interaktion sind hier gering: Im Vordergrund stehen Inhalte, nicht Identität. Die beliebtesten *Communities* dienen dem Austausch von Fotos (z. B. Flickr) und Videos (z. B. YouTube). Da es in *Content Communities* vorwiegend um Unterhaltung geht, könnte man erwarten, dass sie nur wenig zu politischer Mobilisierung beitragen. Doch die in *Content Communities* eher sparsame Selbstauskunft schützt Aktivisten, die unterdrückte Informationen verbreiten wollen. Nutzer müssen ein Basisprofil anlegen, um Inhalte hochzuladen, das Betrachten und Weiterleiten von Inhalten erfordert jedoch meist keinen eigenen *Account*. Aufgrund der stärkeren emotionalen Wirkung von Bildern gegenüber Text, beschleunigen Plattformen wie YouTube die Verbreitung von Inhalten und ermöglichen es Regimekritikern, Informationen weit zu verbreiten, bevor die Zensur zuschlägt. Der Fall Ägyptens veranschaulicht, wie Videos, die sich „wie Viren verbreiten“, politisch mobilisieren können: Am 6. Juni 2011 wurde der Blogger Khaled Said von Zivilbeamten der Polizei erschlagen, nachdem er über Polizeikorruption berichtet hatte. Fünf Tage später erschien ein Video seines verstümmelten Leichnams auf YouTube. Innerhalb eines Tages wurde es 86.000 Mal aufgerufen. Zwei Wochen später folgten fast 11.000 Menschen dem Aufruf, an Schweigemärschen zum Gedenken Suids teilzunehmen. Das Video wurde später auf der Facebook-Seite „*We are all Khaled Said*“ eingebettet, die als wichtiger Katalysator für den Sturz des Mubarak-Regimes gilt. Andererseits erschwert Anonymität die Verifizierung von Quellen und kann so helfen, getarnte Regierungspropaganda in Umlauf zu bringen. Nach den iranischen Wahlen von 2009 entzündete sich der öffentliche Zorn an einem YouTube-Video, auf dem vermeintliche Demonstranten ein Foto von Ayatollah Khomeini verbrannten. Wie sich später herausstellte, wurde dieses von der staatlichen Nachrichtenagentur IRIB in Umlauf gebracht, um die Protestbewegung zu diskreditieren.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Forderung nach „mehr Internetfreiheit“ zum Wohle der Demokratie bedarf der Feinabstimmung. Zu leugnen, dass die bessere Verfügbarkeit von Daten im Internet auch autoritären Regierungen in die Hände spielen kann, wäre kurzsichtig.

Das Potential verschiedener SDM-Typen für digitalen Aktivismus ist eng an politische und nationale Kontexte gebunden. SDM können Demokratie nur dann erfolgreich fördern, wenn sie stetig an diese Kontexte rückgekoppelt werden. Bisher waren solche digitalen Kampagnen erfolgreich, die basisorientierte Dynamiken mit kreativen, themenspezifischen Ansätzen verbanden. Das impliziert, dass Medienförderung im Bereich der SDM am besten von flexiblen Programmen zu leisten ist, die nichtstaatliche Geber wie politische Stiftungen und inländische NRO mit einem direkten Draht zu lokalen Akteuren verbinden.

Die Präsenz staatlicher Geberorganisationen als zentrale Akteure im Bereich der Förderung von SDM ist kritisch zu betrachten. Wo digitale Kampagnen von den geopolitischen Agenden großer Geberländer vereinnahmt werden, laufen Aktivisten, die deren Gelder akzeptieren, Gefahr, das Vertrauen ihrer lokalen Communities zu verlieren und ins Visier von Regierungen zu geraten, die Kooperation mit dem Westen mit Landesverrat gleichsetzen. Regierungen, die Internet-Freiheit fördern möchten, sollten sich auf inländische Belange konzentrieren. Zensur- und Filtersoftware, die autoritären Regierungen dient, um digitalen Widerspruch zu unterdrücken, wird vornehmlich von europäischen und US-amerikanischen Firmen entwickelt. Bekannte Beispiele sind Cisco Systems und Yahoo, denen vorgeworfen wurde, der chinesischen Regierung Software zur Überwachung von Regimegegnern zur Verfügung gestellt zu haben.

Wo also Regierungen, getrieben von einer Logik, die unternehmerische Interessen über Datenschutz stellt, davor zurückschrecken, regulierend einzugreifen, sind grundlegende demokratische Rechte gefährdet.

Abb.: Karte der arabischen Blogosphäre



2009 analysierte das Berkman Center for Internet & Society die Struktur der arabischen Blogosphäre und ihre häufigsten Themen. Die so entstandene Karte sozialer Netze zeigt, dass sich die arabische Blogosphäre in erster Linie in länder- und themenspezifischen Sub-Clustern organisiert (z. B. Religion oder säkularer Reformismus). Die meisten Blogger führen relativ persönliche Online-Tagebücher. Zu den gängigen Themen zählen Menschenrechte und persönliche religiöse Gedanken. Politische Äußerungen konzentrieren sich auf nationale Themen wie Kritik an der nationalen politischen Führung. Nachrichten aus dem Ausland finden weniger Beachtung. Dort, wo ausländische Politiker, insbesondere die US-Regierung, thematisiert werden, geschieht dies überwiegend kritisch. Dies stützt das Postulat einer länder- und themenorientierten Medienzusammenarbeit im Bereich sozialer Medien, die nach Möglichkeit von nichtstaatlichen Gebern umgesetzt werden sollte.

Quelle: Berkman Center for Internet & Society (2010)

Literatur

Morozov, Evgeny (2011): The net delusion: the dark side of internet freedom, New York, Public Affairs
 Ben Gharbia, Sami (2010): The Internet Freedom Fallacy and the Arab Digital Activism, online: <http://samibengharbia.com>
 (Stand: 17. September 2010)



Dr. Anita Breuer

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)